

Antrag nach § 15. (1) Arbeiterkammergesetz
an die Vollversammlung der Arbeiterkammer Tirol

Grundrecht Wohnen

Wohnen ist ein Grundbedürfnis aller Menschen, aber die Einkommen halten mit den steigenden, und in den Städten regelrecht explodierenden, Mieten nicht mit. Es ist jedoch keine Naturgesetzlichkeit, dass Wohnen, zumal in Innsbruck, immer unerschwinglicher wird. Es ist vielmehr Ausdruck davon, dass Hauseigentümer, Miethaie, Immobilienfirmen, Spekulanten, Baukonzerne und Banken satte Gewinn auf Kosten der einfachen Menschen machen. Dem gilt es denn auch breit gefächert entgegenzusteuern und mit einer echten und ausreichenden sozialen Wohnbauoffensive zu verbinden.

Ein solcher sozialer Wohnbau ist vorrangig sowohl aus öffentlichen Mitteln zu tragen, wie durch eigene Träger und eigenes Personal des öffentlichen Sektors zu leisten. Denn öffentliche Gelder brauchen nicht privaten Profiten zu dienen. Ein derartiger kommunaler Wohnbau unterbindet aber nicht nur Privatprofite (sowie die grassierende Korruption und den allgegenwärtigen Betrug), sondern kommt auch steuerlich günstiger. Er ermöglicht darüber hinaus eine städtische Beschäftigungsoffensive, die gezielt Menschen ausbilden und einstellen kann, nicht zuletzt auch jene, die aktuell am Arbeitsmarkt nicht unterkommen.

Deshalb beschließt die Vollversammlung der Arbeiterkammer Tirol zu fordern:

- Keine Privatisierung von Gemeindewohnungen
- Erhebung von Leerstand und Enteignung von Leerstand, der Spekulationen dient
- Die Übernahme leer stehender Spekulationsobjekte durch die Gemeinden
- Rücknahme der wohnpolitischen Verschärfungen durch die Stadt
- Rücknahme der in Innsbruck jüngst eingeführten dreijährigen Wohnsitzpflicht für den Anspruch auf Mietzinsbeihilfe
- Begrenzung der Mieten in Gemeindewohnungen auf 20% des Einkommen eines Haushaltes
- Grundsteuer, Verwaltung & Versicherungen sind keine Betriebskosten und daher vom Eigentümer zu tragen, Streichung aller Zuschläge, die nicht in der Leistung des Hauseigentümers begründet sind
- Anfallende Maklergebühren sind von den Vermietern zu tragen
- Die Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Mieten, Betriebskosten und „warmes Wohnen“ („echte Umsatzsteuerbefreiung“)
- Eine Wohnbauoffensive des Bundes für mehrgeschossigen sozialen Mietwohnbau

- Offensive des Bundes für neue Studierendenheime: Durch den Bau von Studierendenheimen wird Druck aus dem Wohnungsmarkt genommen, und die Mobilität der Studierenden gefördert.
- Zweckwidmung der Wohnbauförderung für mehrgeschossigen sozialen Mietwohnbau; auch Rückflüsse aus WBF-Darlehen unterliegen dieser Zweckwidmung.
- Umstellung der Arbeitgeber-Beiträge zur Wohnbauförderung auf Wertschöpfungsbasis
- Verkaufsverbot von Liegenschaften der öffentlichen Hand um Bodenreserven zu behalten (Tausch möglich)
- Für die Überführung des Grund und Bodens in öffentliches Eigentum – als Voraussetzung sozialen Wohnbaus und dauerhaft leistbarer Mieten
- Enteignung privater Immobilienkonzerne

Ich erkläre, *wahlberechtigt* und *kammerzugehörig* bei der AK Tirol zu sein, und *unterstütze diesen Antrag*:

Name	Adresse	Datum	Unterschrift

*Unterschriftenliste bitte übermitteln an:
KOMintern Tirol, c/o Atigf, Schöpfstr. 9, 6020 Innsbruck bzw. an info@komintern.at*